

Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
10. bis 13. November 2021

A n t r a g
des Ständigen Ausschusses Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung
betr. „Europäische Friedensfazilität“

Die Landessynode möge beschließen:

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung und den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Rahmen der neuen „Europäischen Friedensfazilität“ keine tödlichen Waffen an Drittstaaten geliefert werden.

Dr. Claudia Ludwig
Vorsitzende

Begründung:

Die Europäische Friedensfazilität ist ein im März 2021 beschlossener Fonds der EU, der außerhalb des Haushalts der EU angesiedelt ist und damit nicht der Kontrolle des EU-Parlamentes unterliegt. Der Fonds ist zunächst bis zum Jahr 2027 mit fünf Milliarden Euro ausgestattet. Deutschland beteiligt sich in diesem Jahr mit 100 Mio. Euro.

Die evangelischen Kirchen kritisieren seit langem Rüstungsexporte aus Deutschland und anderen EU-Staaten, insbesondere in Krisenregionen. Dass die sogenannte Friedensfazilität nun die Möglichkeit schaffen soll, solche Exporte auch durch ein europäisches Instrument durchzuführen, ist ein Signal in die falsche Richtung. Dies gilt umso mehr, als solche Exporte – anders als beim Vorgängerinstrument, der „Friedensfazilität für Afrika“ – nun auch ohne die Beteiligung von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union direkt an Konfliktparteien ermöglicht werden sollen. Es besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass vor allem Kleinwaffen exportiert werden, die für den Tod der meisten Opfer in Konflikten verantwortlich sind. Die Erfahrung – zuletzt in Afghanistan – zeigt, dass Waffen in Konflikten oft nicht bei den beabsichtigten Partnern verbleiben, sondern in die falschen Hände geraten.

Zudem sehen wir die Tendenz kritisch, insbesondere solche militärischen Ertüchtigungen durchzuführen, die dazu dienen, Migrationsbewegungen zu unterdrücken und so Europa vor Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten abzuschirmen. Ungeregelter Migration kann aber nur durch menschenwürdige Lebensperspektiven vor Ort wirksam begegnet werden. Dies wird vor allem durch die Mittel der Konfliktprävention und -bearbeitung sowie die Schaffung menschlicher Sicherheit durch nachhaltige Entwicklung erreicht. Statt fünf Milliarden Euro für ein hauptsächlich militärisch konnotiertes Instrument auszugeben, sollte sich die EU durch die Stärkung ziviler Instrumente und von soft power als echte Friedensmacht profilieren.

Die Bundesrepublik Deutschland als maßgebliche Geberin für die neue – außerhalb der vergemeinschafteten Politikbereiche und damit auch außerhalb der Kontrolle des Europäischen Parlaments stehenden – Fazilität muss ihren Einfluss dahingehend geltend machen, einen solchen Politikwechsel voranzubringen.